



SEIT 1886

Von Achim Czulwick – Ratsmitglied (AUF Witten)

Keine Sorge, die Überschrift ist kein Einstieg in ein Rätsel. Es geht um den 1. Mai. Das ist ein ganz besonderer Monatsanfang, mit keinem anderen auch nur annähernd zu vergleichen. An diesem Tag im Jahre 1886 kämpften erstmals Arbeiter, nämlich in Chicago, für den Achtstundentag. Dafür wurden Arbeiterführer von der US-Justiz zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der allgemeine Arbeiterkongress zu Baltimore erklärte daraufhin, den Achtstundentag erst recht durchzusetzen.

Das war der Ausgangspunkt für eine weltweite Bewegung für den Achtstundentag. Der Gründungskongress der II. Internationale in Paris erklärte 1889 den 1. Mai zum Fest- und Kampftag der Arbeiterklasse.



TEILNAHME MUSSTE ERKÄMPFT WERDEN

Schon am 1. Mai 1890 wurde diese Bewegung zur „Heerschau des europäischen und amerikanischen Proletariats über seine mobil gemachten Kräfte ... unter einer Fahne und für ein Ziel“, wie Friedrich Engels begeistert schrieb.

Der „Verein der Metallindustriellen“ forderte in einem an seine Mitglieder geschickten Zirkular die Entlassung aller Arbeiter, die an der Maidemonstration teilnehmen sollten. Ungeachtet der Verfolgung gingen allein in Hamburg

hunderttausend Arbeiter auf die Straße.

In den folgenden Jahren wurde am 1. Mai auch gegen Krieg, Faschismus und für politische Rechte demonstriert.

Die Teilnahme war oft mit Streik verbunden oder musste von den Herrschenden zähneknirschend gestattet werden. Ein Feiertag war das nicht.

DER TAG DER ARBEIT ...

... ist eine Erfindung der Nazis. Mit ihrem Machtantritt vor 80 Jahren verboten sie sofort die KPD, die Gewerkschaften und die SPD. Einen 1. Mai der Arbeiterbewegung sollte es nie mehr geben. Statt von Arbeitern und Kapita-

listen wurde nur noch von sogenannten Volksgenossen gesprochen. Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung wurde mit Konzentrationslager bestraft.

Dieser Tag der Arbeit genannte 1. Mai war ganz im Sinne der Großkonzerne wie u.a. Thyssen und Krupp. Aus dem ehemaligen Kampftag wurde ein Feiertag gemacht und wie eine Art Erntedankfest begangen. Die Nazis verhöhnten damit die revolutionäre Arbeiterbewegung überall auf der Welt.

MACHTDEMONSTRATION 1. MAI

Nach dem Sieg über die Nazis und Ende des II. Weltkriegs eroberte sich die Arbeiterbewegung ihren Kampftag zurück. Es gab große kämpferische Demonstrationen wie um den Achtstundentag.



Der Jugend eine Zukunft!

Inhalt

- 1/2 Seit 1886 ...
- 3 Wer nicht kämpft ...
- 4/5 Zuschriften
- 6/7 Stadtentwicklung
- 8/9 Bedingungsloses Grundeinkommen?
- 10 Kristinas Welt
- 11 Wasser ist Leben
- 12 Auf ein Wort



Das brachte deutschlandweit Millionen auf die Straßen.

Man stelle sich für einen Moment vor, dass der größere Teil der Beschäftigten in Witten zum 1. Mai demonstrieren würde, das wären weit über 10.000! Der Rathausplatz wäre bis zum letzten Quadratzentimeter eine einzige Menschenmasse.

Man stelle sich jetzt solche Demonstrationen in allen Städten Deutschlands vor und man beginnt zu ahnen, **warum das eine Machtdemonstration ist, vor der die Vertreter des Kapitals zittern und die sie daher unbedingt verhindern wollen.**

Wer an solchen machtvollen Demonstrationen teilnahm, konnte selbst sehen, wie stark die Arbeiterbewegung sein kann.

Doch nach dem erneuten Verbot der KPD 1956 und mit dem Godesberger Programm der SPD von 1959 wurde in den Gewerkschaften mehr und mehr auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmern gesetzt.

Erst recht, als die SPD mit an die Regierung kam.

Seit den 1960er Jahren gab es massive Bestrebungen, diese Machtdemonstration zum 1. Mai zu unterbinden.

Der damalige Wirtschaftsaufschwung wurde so gedeutet, dass der 1. Mai als Kampftag nicht mehr taugte und es wieder um einen Feiertag gehen müsse.

Das zog eine Zeitlang. Es wurde dann aber mehr und mehr zum Ärgernis der noch teilnehmenden Kollegen, **sich die heuchlerischen Reden von irgendwelchen Politikern anhören zu müssen, die die „Versöhnung von Arbeit und Kapital“ predigten.**

Die Teilnahme von Kollegen ohne Funktion in der Gewerkschaft oder in der SPD ging immer mehr zurück. Denn in ihrer Realität gab es keine Versöhnung. Wie wir heute sehen, hat die Aufgabe des Kampfes nicht nur die Schere zwischen Arm und Reich aufs gigantische geöffnet.

WIR STEHEN WIEDER AN EINEM WENDEPUNKT

Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise ist nicht überwunden, die deutschen Sonderfaktoren sind bald aufgebraucht.

Infobox: Was ist und wofür steht AUF Witten?

AUF Witten ist ein überparteiliches Kommunalwahlbündnis. Niemand wird auf ein Programm festgelegt. Jeder, außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern, kann gleichberechtigt mitarbeiten. Wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zu gemeinsamen Lösungen für die kommunale Daseinsfürsorge kommen, regeln unsere Grundsätze und Satzung. Damit haben wir seit Gründung 2003 sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit 2004 ist *AUF Witten* mit einem Mandat im Wittener Stadtrat vertreten.

Die Buchstaben **AUF** bedeuten:

Alternativ • Unabhängig • Fortschrittlich

Im Rat sehen wir uns als Sprachrohr von kommunalen Bewegungen für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft für unsere Jugend.

Die Verschuldung der Städte und Gemeinden ist weiter gestiegen und wird weiter steigen. Höhere Grundsteuern und Gebühren, weniger Leistungen und teurere Kinderbetreuung sind Realität.

Die weitere Erhöhung des Rentenalters ist für die Zeit nach der Bundestagswahl geplant, die Senkung des allgemeinen Lohnniveaus durch Leiharbeit wird beschleunigt. Statt Perspektive haben wir eine schnell wachsende Massenarmut und Jugendarbeitslosigkeit. Dazu ein weiterer Abbau unserer Rechte und Freiheiten. Ein wirkliches Streikrecht gibt es nach wie vor nicht!

Auch dass Banken und Konzerne ihre „Lasten“ aus der Weltwirtschafts- und Finanzkrise auf uns abwälzen, um ihre Profite zu sichern, wird weitergehen.

Zypern ist auch nicht weit. Der Weg zur Plünderung unserer Spareinlagen wurde in der EU freigegeben, allen Dementis zum Trotz.

Fazit: Der 1. Mai ist immer Teil einer Weltbewegung, das macht ihn so stark und unüberwindbar. **Ich würde mir als Kommunalpolitiker wünschen, dass der 1. Mai auch in Witten wieder zur Machtdemonstration der Arbeiter und Angestellten wird.**

Darum sollte jeder teilnehmen, der nicht akzeptiert, dass der Kapitalismus das Ende der Geschichte sein soll und die Menschen deshalb für alle Zeiten in Arm und Reich getrennt werden.

Für eine lebenswerte, auf den Menschen zugeschnittene Zukunft, anstatt die Zukunft der Diktatur der Finanzmärkte zu opfern. Wie wäre das?!

WER KÄMPFT, KANN GEWINNEN! WER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN.

von Diana Vöhringer – Mitglied von AUF Witten

Sonntag, der 3. März war ein erhebender Tag. An diesem Tag haben zehntausende Menschen aus dem Ruhrgebiet, darunter auch viele Wittener, den Kollegen bei Opel Bochum gezeigt, dass sie im Kampf um ihre Arbeitsplätze hinter ihnen stehen. Das hat die Opelaner in Bochum bestimmt auch in ihrer Entscheidung bestärkt, mit großer Mehrheit den Erpressungsvertrag des Vorstandes abzulehnen. Denn sie sollten nicht nur auf Lohn verzichten, sondern ihrer eigenen Entlassung, und zwar mit einem festgelegten Datum, zustimmen. Jetzt wird unter den Opel-Kollegen der nächste Schritt diskutiert, nämlich in den Streik um ihre Arbeitsplätze zu treten.



DER NÄCHSTE SCHRITT

Die Montagsdemonstration und die Frauengruppe Courage in Bochum ergriffen die Initiative, einen Solidaritätskreis zu gründen.

Das Frauenkomitee BASTA, in dem sich Frauen der Opelaner und Angehörige organisiert haben, haben mit einer Spendensammlung begonnen.

Auch die Montagsdemo in Witten hat erste Spenden für die Streikkasse gesammelt.

AUF Witten begrüßt diese Initiativen und ruft die Wittener auf, die Solidarität aktiv zu verbreitern.

Angesichts der Tatsache, dass auch in anderen Werken, so in der Stahlindustrie, bei Siemens oder bei eon, Massenentlassungen geplant sind, stehen immer mehr Kollegen vor der gleichen Herausforderung. Deshalb wird der Kampf der Opelaner weit über Bochums Grenzen hinaus verfolgt, auch weil es dabei um die Zukunft der Jugend geht.

JUGEND BRAUCHT ZUKUNFT

Einen Teilerfolg erreichten die Jungfacharbeiter bei Opel, die um ihre Übernahme nach der Ausbildung kämpften.

Als sie jetzt nach der Jahresfrist entlassen werden sollten, initiierten sie eine Unterschriftensammlung und hielten

auf der Betriebsversammlung Redebeiträge für die Übernahme aller Auszubildenden und Jungfacharbeiter. Sie erhielten Unterstützung ihrer älteren Kollegen. Die Geschäftsleitung musste nachgeben und übernahm einen Teil für weitere neun Monate.

Auch die Auszubildenden von Bosch-Rexroth machten im Kampf um ihre Übernahme wichtige Erfahrungen.



Dazu schreibt uns der IG Metall-Vertrauensmann bei Bosch Rexroth, Fritz Hickler:

„Mir und vielen meiner Kollegen liegt die Frage der Ausbildung und Übernahme besonders am Herzen. Es geht dabei um die Jugendlichen und ihre Zukunft, aber auch um unsere zukünftigen Kollegen. Einige Aufmerksamkeit in der Wittener Presse erregte ja unser Protest im November letzten Jahres, als klar wurde, dass die bisher weitgehend übliche unbefristete Übernahme nicht länger umgesetzt werden sollte. Tatsächlich konnten wir für einige der jungen Kollegen erreichen, dass sie fest oder nochmals be-

fristet übernommen wurden. Mit dem Argument der schwierigen wirtschaftlichen Situation sollen nun sämtliche Auslerner in diesem Jahr wieder nur Jahresverträge bekommen und auch sämtliche auslaufenden Verträge derzeit nicht verlängert werden. Obwohl in den Bosch-Firmenwerten ausdrücklich die gesellschaftliche Verantwortung betont wird, bildet die Ausbildung und Übernahme der jungen Kollegen keine Ausnahme bei den derzeit umfassenden Sparmaßnahmen. Ein Weltkonzern und einer der größten Betriebe in Witten müsste hier für meinen Geschmack mehr tun. Im letzten Jahr wurde in den Tarifrunden erstmals der Grundsatz der unbefristeten Übernahme in der Stahlindustrie und Metall- und Elektroindustrie erkämpft. Damit keine Ausnahmen mehr möglich sind, muss allerdings noch nachgebessert werden. Dafür werde ich mich gemeinsam mit meinen jüngeren und älteren Kollegen auch weiterhin einsetzen.“

Ständige Befristungen können natürlich für die jungen Kollegen keine Alternative sein. Sie brauchen unbefristete Arbeitsplätze. Dafür wäre eine Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden – natürlich bei vollem Lohnausgleich – ein wichtiger Schritt.

Am 1. Mai wird es Gelegenheit geben, dass die Kollegen aus den Betrieben, gemeinsam Jung und Alt, kämpferisch und offensiv ihre Forderungen auf die Straße tragen. AUF Witten wird aktiv die Solidarität für die kommenden Kämpfe mit organisieren.

ZUSCHRIFTEN

(LESERBRIEFE MÜSSEN NICHT DER MEINUNG DER REDAKTION ENTSPRECHEN)

DIE BRÜCKEN TRAGIK-KOMÖDIE

Einem jedem Wittener Bürger, der häufiger die Pferdebachstrasse benutzte, dürfte noch das Bild von unter der Eisenbahnbrücke aufgrund von zu großer Höhe verkeilten LKWs ein Begriff sein.

Diese Brücke wurde ja nun vor längerer Zeit entfernt, um den LKWs freie Durchfahrt zu gewähren.

Da jedoch auf dem ehemaligen Rheinischen Esel ein Radweg bis nach Borchum-Langendreer geführt wird, erwägt man jetzt einen Neubau mit gleichzeitiger Veränderung der Straßenführung.

Wäre es nicht vielleicht ein wenig sinnvoller und vor allem auch preiswerter gewesen, diesen LKW-Verkehr einfach von der Pferdebachstrasse, die baulich (Enge) und vor allem mit Blick auf den derzeit vorhandenen Straßen-Zustand absolut ungeeignet erscheint, weg zu legen?

Das hätte jedoch Diskussionen mit dem Hauptanrainer, der Firma Bosch Rexroth, bedeutet.

Diese scheint man jedoch zu scheuen. Viel lieber setzt man weiterhin ziemlich

unnötig und mal so gar nicht nachhaltig freudig weitere nicht mal vorhandene Haushaltsmittel in den Sand.

R.S. Witten

Dr. Carsten Rensinghoff, selbst von einer Behinderung betroffen, hat uns schon öfter in Fragen geschrieben, wie mit Behinderten umgegangen wird. Der diesmalige Anlass war eine Entscheidung in Leipzig, wonach die Anfechtung einer Wahl zurückgewiesen wurde, obwohl ein barrierefreier Zugang zu den Wahlurnen nicht gegeben war. Wir veröffentlichen einen Auszug aus seinem Brief an die Bundeskanzlerin (d. Red.)

BRIEF AN DIE BUNDESKANZLERIN

... Heute (05.04.2013) ist in der Leipziger Volkszeitung zu lesen, dass die vorgenannte Wahl gültig ist, obwohl zahlreiche Wahllokale in Leipzig eine vollumfängliche Barrierefreiheit vermissen ließen. Somit nehmen wir nun an, dass die UN-Behindertenrechtskonvention, welche Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, 2009 für den Bereich



der Bundesrepublik Deutschland für rechtsverbindlich erklärten, wert- und wirkungslos ist.



Für zukünftige Wahlen - und die nächste Bundestagswahl, auf welcher Sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wieder zur Bundeskanzlerin gewählt werden wollen, ist ja bereits im September diesen Jahres - nehmen wir uns vor - und werden das auch anderen Menschen mit Behinderung so empfehlen -, wegen der fehlenden Barrierefreiheit in den Wahllokalen, ihrem Wahlrecht nicht nachzukommen. Wie denn auch?

Ich bitte Sie höflichst um eine Stellungnahme und erbitte dieselbe von Ihnen persönlich. Sollte die Stellungnahme von einem Ihrer Mitarbeitenden erledigt werden zeigt das auch, dass Sie für die Probleme der Behinderten kein großes Interesse zeigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Carsten Rensinghoff, Witten



2008 wurde die Pferdebachbrücke abgerissen, auf Bedenken wegen erhöhter Luftbelastung durch mehr LKWS wurde keine Rücksicht genommen.

Fortsetzung Zuschriften

ZUR DISKUSSION GESTELLT: ENDE DER KIRCHENSTEUER?

Bei den Grünen und in der SPD mehren sich Stimmen, die eine Abschaffung der Kirchensteuer ins Wahlprogramm nehmen wollen.

Dazu schreibt uns ein Leser. (d. Red)

Ich bin für die Abschaffung der Kirchensteuer vor allem deswegen, weil Adolf Hitler die im Jahr 1933 eingeführt hat.

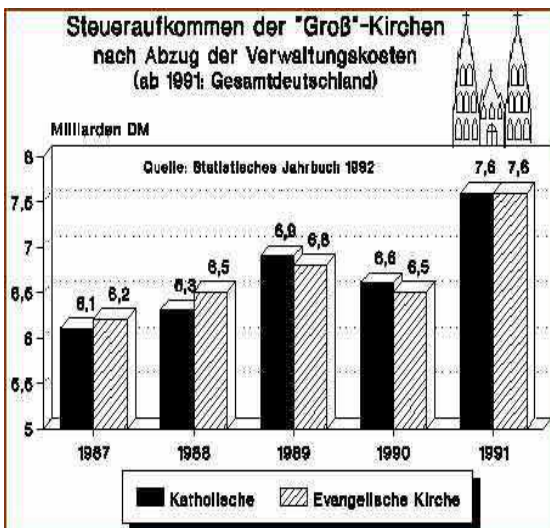
An dieser Stelle möchte ich hier ausdrücklich betonen, dass in Deutschland über 52 % Atheisten problemlos leben. Die ohne atheistische Gemeinschaften, "Gottes"-Häuser und Hierarchien gut auskommen und friedlich mit allen Religionen sich zurechtfinden.

Alle anderen Glaubensrichtungen (christliche, muslimische, jüdische, usw.) müssten sich auch wie, unter anderem die Freie evangelische Gemeinschaft (FeG), nur von ihren Gläubigen durch finanzielle Beiträge und Spenden tragen lassen.

Die verschwenderischen Steuergelder, die für die Glaubenseinrichtungen ausgegeben werden, sollten lieber für Schulwesen, Wissenschaft und Forschung verwendet werden. Staat und Religionen müssen streng voneinander getrennt werden.

Denn keine Religion ist so groß, wie die Wahrheit.

P.K., Witten



16. internationales Pfingst Jugend treffen

18. - 19. MAI

TRABRENNBAHN GELSENKIRCHEN

- ★ UMWELTBESWUSST UND INTERNATIONALISTISCH
- ★ SPORTTURNIERE UND SPIELE OHNE GRENZEN
- ★ OPEN-AIR-KONZERTE UND SONGCONTEST
- ★ ZUKUNFTSDEMONSTRATION
- ★ INFORMATIONSTÄNDE
- ★ ESSEN AUS ALLER WELT
- ★ KINDERAKTIVITÄTEN
- ★ DISKUSSIONSFOREN
- ★ ZELTEN

WWW.PFINGSTJUGENDTREFFEN.DE

unter Verwendung eines Bildes von Philipp...

Ein Pfingstjugendtreffen besonderer Art findet vom 18. bis 19. Mai auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen, Nienhausenstraße 42, statt. Letztes Mal besuchten 15.000 Leute das Festival der Zukunft. Auch *AUF Witten* unterstützt diese überparteiliche Initiative der Jugend, die zum 16. Mal selbst organisiert wird und finanziell unabhängig ist.

Die Rettung der Umwelt steht im Mittelpunkt, dafür macht sich auch *AUF Witten* stark. Würde man einfach alles so weiterlaufen lassen wie bisher, stünde die Lebensgrundlage der Menschheit auf dem Spiel.

Das große Fußballturnier ebenso wie die Spiele ohne Grenzen sind besondere Höhepunkte des Festivals.

Es gibt ein Songcontest-Finale und ein Open-Air-Festival mit Live Bands. Ein Programm für Jung und Alt gemeinsam mit vielen Besuchern aus anderen Ländern mit zahlreichen Diskussionsveranstaltungen zu Zukunftsfragen.

Auch die Kleinen werden hier ganz groß. Pony- und Kamelreiten, Basteln, Flugzeugbau.

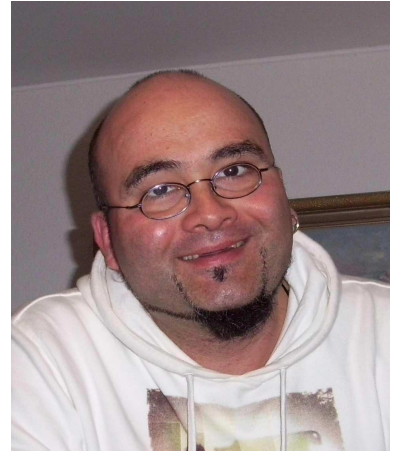
Eröffnet wird das Pfingstjugendtreffen mit einer Zukunftsdemonstration durch Essen. Jeder soll die Forderungen der Jugend für ihre Zukunft sehen und hören! Beginn ist um 10.30 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz in Essen.

STADTENTWICKLUNG – EIN BLICK AUF DIE ZUKUNFT WITTENS (5)

Von René Schlüter – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Wie schon unsere letzten Beschäftigungen mit dem Stadtentwicklungskonzept *Unser Witten 2020* möchten wir auch unsere heutige mit einem kurzen Rückblick auf unsere Aussagen aus dem vorhergehenden Artikel beginnen.

Wir hatten uns zuletzt mit den Handlungsempfehlungen für dieses Stadtentwicklungskonzept und dort mit dem Straßenverkehr und -zustand im Allgemeinen und dem Radverkehr und der Bahnquerung Annen im Besonderen beschäftigt.



RÜCKBLICK

Hierbei mussten wir, wie auch schon im vorhergehenden Verlauf unserer Arbeit an diesem Konzept, weiterhin die falsche, quasi umgekehrte Position der städtischen Finanzen als „Reiter des Pferdes Stadtentwicklung“ und ganz allgemein das Fehlen von Lösungen für wirklich nicht neue Probleme in unserer Stadt konstatieren. Diese muss man jedoch gerade auch mit Blick auf die Langfristigkeit eines Stadtentwicklungskonzeptes absolut erwarten können.

Nach diesem einleitenden Rückblick möchten wir heute den Rest des uns vorliegenden Konzeptes kurz zusammenfassen, um danach eine abschließende Bewertung und Kritik ab-

zugeben, mit der wir unsere Arbeit über dieses Konzept fürs erste beenden wollen.

In der Dokumentation zum Stadtentwicklungskonzept *Unser Witten 2020* erfolgt nun die Formulierung der von uns schon vorher kurz angeschnittenen Stadtteilrahmenpläne.

Dort werden dann Aktionsfelder in den jeweiligen Stadtteilen und Siedlungsflächen und Einzelprojekte aufgestellt.

Aus all diesen sogenannten *Handlungsoptionen* werden nun „im Sinne der erforderlichen Konzentration auf das Notwendige und schließlich Machbare“ vierzig mögliche Anschlussprojekte vorgeschlagen.

Aus diesen vierzig werden nun nochmals neun als Leitprojekte hervorgehoben. Es sind folgende:

Standortentwicklung Universität Witten/Herdecke, Ruhrtal mit Ruhr-Fenstern und Uferstationen, Netzwerk Familienförderung, Wissenszentrum, Stadtgalerie, Kornmarkt, Integriertes Handlungskonzept Innenstadt, Soziale Stadt Annen und ZOB-Bergerstraße.

Zum Schluss werden die vierzig Anschlussprojekte im Rahmen der jeweiligen Handlungsfelder genauer vorgestellt und die Stadtteilrahmenpläne nochmals kartografisch dargestellt.

PRIVATISIERTE STADT-ENTWICKLUNG

Hierbei fällt besonders auf, wie oft im Rahmen der Anschlussprojekte die Finanzierung durch Investoren übernommen werden soll.

Hier lässt sich durchaus die Frage stellen, inwiefern es sinnvoll ist, das Schicksal dieser ja schon selektierten Anschlussprojekte, die mit Sicherheit ja auch wichtig für die Entwicklung unserer Stadt sind, in die Hände von doch wohl nur gewinnorientierten Investoren zu legen. Doch wir greifen hier wohl schon unserer abschließenden Bewertung und Kritik vor.

Wir haben uns über den Verlauf von nun schon fünf Ausgaben von *Witten im AUFbruch* mit dem vorliegenden Stadtentwicklungskonzept *Unser Witten 2020* beschäftigt.

Wie lässt sich der von uns gewonnene Eindruck in Worte fassen und vor allem wie sehen, bei aller Kritik, unsere eigenen Vorstellungen zur Stadtentwicklung aus?



Sieht so die Stadtentwicklung der Zukunft aus?



Beginnend seien hier nochmals die von uns im Verlauf unserer Beschäftigung genannten Kritikpunkte kurz zusammengefasst.

EINBEZIEHUNG DER BEVÖLKERUNG?

Zuallererst ist hier die Tatsache zu nennen, dass dieses Stadtentwicklungskonzept ohne wirkliche Kommunikation und Diskussion mit und damit ohne eine absolut notwendige Verankerung in der Wittener Bevölkerung ausgearbeitet wurde.

Eine jegliche Entwicklung einer Stadt ist aber nur gemeinsam mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung wirklich zielführend, da es nur schwerlich erfolgreich und vor allem sinnvoll sein sollte, eine Stadt an ihrer Bevölkerung vorbei zu entwickeln.

Dennoch wurde dieses Stadtentwicklungskonzept unter anderem auf der Grundlage einer Online-Befragung mit einer Beteiligung von unter einem Prozent der angesprochenen Wittener Bevölkerung auf den Weg gebracht. Auch die späteren Workshops waren zum größten Teil eher Vorträge und nicht etwa Räume zur Interaktion mit dem Bürger.

HAUSHALTSSANIERUNG

Neben der somit fehlenden Grundlage fällt bei Durchsicht dieses Konzeptes vor allem auf, wie inflationär Verweise auf die schlechte Haushaltssituation unserer Stadt verteilt werden.

Sicherlich kann man die Entwicklung eines Stadtentwicklungskonzeptes nicht ohne Blick auf die aktuelle Situation und damit auch die grottenschlechte Finanzlage unserer Stadt beginnen - hier gewinnt man jedoch häufig den Eindruck, als ob die Stadtentwicklung der Sanierung der städtischen Finanzen dienen solle.

Dieses erscheint sicherlich für die Haushaltspolitiker und auch gerade für die Gläubigerbanken unserer Stadt als absolut richtig, die Entwicklung einer Stadt sollte jedoch wohl wirklich etwas mehr sein als der Ausgleich ihrer Finanzsituation.

Geprägt durch dieses rein finanzorientierte Denken lässt sich dann vielleicht erklären, wieso an so vielen, z.T. von uns auch beschriebenen Stellen, Probleme zwar erkannt werden, ihre Lösung aber diffus auf einen späteren Zeitraum mit womöglich besserer Finanzsituation verschoben werden.

Weiterhin fällt auf, dass die mindestens genauso schlechte Instandhaltungssituation vieler Wittener Straßen und Liegenschaften nicht analog zur Finanzsituation Eingang in das Stadtentwicklungskonzept findet.

Dem gleichen Finanzdenken entspricht es dann auch, wie oben schon genannt, das Schicksal von für die weitere Entwicklung Wittens wichtigen (Anschluss-) Projekten alleine in die Hände von noch zu suchenden Investoren zu legen, deren Ziel ganz klar nur ihr eigener Gewinn und nicht etwa die Entwicklung unserer Stadt sein kann.

BEISPIEL STADTBÜCHEREI

Was wäre wünschenswert und alternativ möglich gewesen?

Wie von uns schon oft betont kann ein wirklich zielführendes und erfolgreiches Stadtentwicklungskonzept nur gemeinsam mit den Bürgern entwickelt werden.

Dafür braucht es, neben der hier offenbar nur marginal vorhandenen Motivation dazu, vor allem auch die Transparenz des Prozesses für und die Offenheit und Ehrlichkeit der handelnden Politiker gegenüber den Bürgern.

Wenn man da sieht, dass wir aktuell 2013 über die Verlagerung der Stadtbücherei diskutieren, hat es schon einen nicht eben sanften Anflug von Ironie, wenn in diesem 2008 abgefassten Konzept unter dem Leitprojekt Wissenszentrum eben **jener Umzug der Bücherei ins Märkische Museum quasi schon beschlossen wurde.**

Außerdem wären für ein wirkliches, zielführendes Stadtentwicklungskonzept innovative Ideen notwendig, **die Witten aus dem nicht zu gewinnen den Kampf unter den Einkaufsstädten im Ruhrgebiet herauslösen** und vielmehr den individuellen Charakter Wittens und seiner Bürger betonen und weiterentwickeln.

ALTERNATIVEN

Dafür sind in Witten mit seiner Lage im Ruhrtal eigentlich mannigfaltige Möglichkeiten gegeben. Man denke zum Beispiel nur an eine **Begrünung der Innenstadt**, die einerseits die einzelnen Grünzüge verbinden würde und gleichzeitig unserer Innenstadt einen ganz anderen Charakter (**ein alternatives Shoppen im Grünen**) geben würde. In diesem Rahmen ließe sich zum Beispiel auch **der Kornmarkt als Ruheinsel und Treffpunkt innerhalb der City nutzen.**

Denkbar wäre in diesem Rahmen genauso ein **wirkliches Verkehrsberuhigungs- und -leitkonzept für die Innenstadt.**

Hier sind sicherlich noch unzählige weitere mögliche Ansätze zu nennen, für heute möchten wir jedoch mit dem Gedanken schließen, dass unser aller Ziel eine lebenswerte Heimatstadt Witten sein sollte, deren wirkliche Entwicklung jedoch auch hier wieder des Zitierens des **AUF Witten-Mottos Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern** bedarf.

Im Vertrauen auf eine lebenswerte Zukunft für Witten und uns Bürger soll uns dies als Ende und Ausblick dienen.

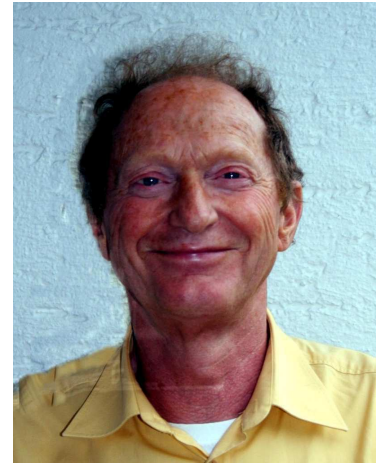
BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN?

Eine kritische Betrachtung

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Das Netzwerk Grundeinkommen gibt es seit 2004. Es versteht sich als Teil einer internationalen Bewegung. Das von ihm geforderte „Grundeinkommen“ (BGE) soll vom Staat „*bedingungslos jedem ... gewährt werden, die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.*“ (<https://www.grundeinkommen.de/die-idee>).

Was sich wie eine linke Utopie anhört, wird interessanterweise nicht nur von Vertretern der Linkspartei, der Grünen und der Piraten propagiert, sondern auch vom Chef der Drogeriemarktkette *dm*, Götz Werner, sowie dem Leiter des Weltwirtschaftsinstituts in Hamburg, Prof. Dr. Thomas Straubhaar, also gewissermaßen von Repräsentanten des Kapitals.



VERSCHIEDENE BEGRÜNDUNGEN FÜR DIESELBE FORDERUNG

Professor Dr. Rainer Roth, Sozialwissenschaftler an der Fachhochschule Frankfurt a.M., hat sich mit dem BGE ausführlich in einer Ausarbeitung beschäftigt, auf die ich mich im Folgenden beziehe. (1)

Er belegt, dass dieselbe Forderung nach einem BGE auf die unterschiedlichste und völlig gegensätzliche Art und Weise begründet wird.

So erwarten Götz Werner und Prof. Straubhaar vom BGE vor allem eine Senkung der Kosten für die Ware Arbeitskraft, indem bisherige Lohnbe-

standteile über Steuermittel vom Staat bezahlt werden.

Dagegen war der Ansatz von Erwerbslosen und Vertretern der sozialen Bewegungen gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze, sich **gegen den staatlichen Arbeitszwang zur Wehr zu setzen**.

Vertreter des liberalen Bürgertums, nicht selten Akademiker und Intellektuelle wie Dr. Sascha Liebermann von der Gruppe „*Freiheit statt Vollbeschäftigung*“ stellen dem „*Kapital in Aussicht, hochmotiviert und freiwillig zu arbeiten, wenn ihre (jetzt häufig noch prekäre Existenz) durch ein bedingungsloses Grundeinkommen existenziell abgesichert würde*“ (1). Das würde die Wertschöpfung, sprich Profite, des Kapitals steigern.

Natürlich ist es legitim, sich dagegen zu wehren, unter Androhung von Sanktionen Ein-Euro-Jobs antreten zu müssen, untertarifliche Arbeiten als Aufstocker verrichten zu müssen, Leiharbeit zu verrichten, Bewerbungen ohne Chance auf Einstellung nachweisen zu müssen.

Denn die sogenannten Zumutbarkeitsbestimmungen und Pflichten der Hartz-Gesetze haben den Effekt, „*die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu verschärfen, Löhne zu senken, Arbeitslosen Leistungen zu kürzen, sie zu demütigen und aus dem Bezug zu treiben. Darin drückt sich das Interesse des Kapitals aus*“. (1)

EIN MASSTAB ZUR BEURTEILUNG

Mit dem Zwang zu unterbezahlten Arbeiten benutzt der Staat die Arbeitslosen als Druckmittel gegen Tariflöhne und gegen geltende Lohnstandards und erweist sich so als Instrument der Kapitaleigner.

Da die Nachfrage nach Arbeit sinkt, weil die Großindustrie, besonders rasant in Krisenzeiten, kontinuierlich Arbeitsplätze vernichtet, hat der gemeinsame Kampf von Arbeitenden und Arbeitslosen gegen diese staatliche Niedriglohnpolitik eine zunehmende Bedeutung.

Ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Forderung nach einem BGE ist also die Frage, ob sie den gemeinsamen Kampf fördert oder behindert.



Wittener Demo gegen die Agenda 2010 am 16.08.2004

(1) Rainer Roth „*Zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens*“, DVS Frankfurt, 2. Auflage, ISBN 3-932246-52-7, Bestellung bei info@dvs-buch.de, Preis 3 Euro (incl. Versand)

KEINE GEEIGNETE TAGESFORDERUNG

Ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus ist die Tatsache, dass auch die menschliche Arbeitskraft als Ware gehandelt und behandelt wird. Der von den Unternehmern gezahlte Lohn müsste eigentlich dem Gestehungspreis für die Ware Arbeitskraft entsprechen, was die Niedriglöhne natürlich nicht tun. Das bedingungslose Grundeinkommen ändert daran nichts, sondern wirkt „aus seiner ökonomischen Logik heraus als Kombilohn, fördert also Lohnsenkungen.“ (1)

Mit der Einführung eines steuerfinanzierten Grundeinkommens könnte der von Unternehmern zu zahlende Lohn nur noch so gering sein, dass er den Unterschied zum BGE ausgleicht. Dieses wäre ja definitionsgemäß bereits existenzsichernd.

Dieses Modell des Kombilohns gibt es schon heute in Form von so niedrigen Stundenlöhnen, dass der Beschäftigte seinen kargen Lohn mit Zuschüssen der Jobagenturen auf Hartz-IV-Niveau aufstocken muss. Doch dieses Niveau liegt unter den Gestehungskosten der Ware Arbeitskraft.

Deshalb liegt es im Interesse von Arbeitenden und Arbeitslosen, einen gemeinsamen Kampf gegen die staatlich organisierte Niedriglohnpolitik der Agenda 2010 zu führen.

Bereits 2004 stellte der *Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau*

dazu die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht, auf.

Im Gegensatz zur SPD, deren Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde gerade mal Hartz IV-Niveau erreicht, waren es damals **mindestens 10 € pro Stunde**. Diese Forderung entspringt aus der Erkenntnis, dass wenn die Arbeitskraft schon als Ware gehandelt wird, sie auch ihren Gestehungspreis erzielen muss.

Diese Forderung erhöht das Lohnniveau, wonach sich alle Sozialabgaben und Renten richten und **liegt deshalb im Interesse aller Lohnabhängigen, ob sie nun Arbeit haben oder nicht**.

Eine ebenso für den Tageskampf geeignete Forderung ist die nach einem gesetzlichen 6-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, weil dadurch mehr Arbeitskräfte gebraucht und eingestellt werden können ohne die Nebenwirkung einer ohne Lohnausgleich praktizierten Kurzarbeit.

Das BGE richtet sich im Grunde gegen die Einheit von Arbeitenden und Arbeitslosen, obwohl viele, die das BGE aus dem Bauch heraus befürworten, gleichzeitig für einen Mindestlohn eintreten,

„Im Modell zu Ende gedacht, wäre mit der Einführung eines steuerfinanzierten BGE letztlich gar kein von Kapital bezahlter Mindestlohn mehr notwendig.“ (1)

Prof. Straubhaar formuliert es noch drastischer in der Berliner Zeitung vom 17.03.2006: *„Mindestlöhne werden*

dann obsolet.“

Das BGE stärkt also die herrschende Niedriglohnpolitik und bereitet dem Kombilohn durch die Hintertür den Weg, es **verschlechtert die Bedingungen zum Verkauf der Ware Arbeitskraft, zu dem Lohnabhängige nun mal gezwungen sind, solange dieses Wirtschaftssystem betrieben wird.**

OHNE PERSPEKTIVE

Zu Recht weisen die linken Befürworter des BGE darauf hin, dass die materiellen Bedingungen für eine selbstbestimmte Arbeit, ohne Zwang, bei problemloser Existenzsicherung und völlig ohne Arbeitslosigkeit bereits gegeben sind. Doch sie stellen sich nicht ernsthaft die Frage, woran es denn liegt, dass die realen Verhältnisse dem völlig widersprechen.

Sonst würden sie sich, anstatt im bestehenden gesellschaftlichen Rahmen utopische Forderungen aufzustellen, die letztlich doch nur wieder von den Lohnabhängigen finanziert werden müssten, Gedanken darüber machen, wie eine Gesellschaft ohne Ausbeutung von Lohnarbeit erreicht werden kann.

Solange es nicht nur erlaubt, sondern als herrschendes Modell zementiert ist, dass die Gesellschaft gespalten ist in Kapitaleigner, die mit ihrem Kapital machen können, was sie wollen, und einer Masse von Lohnabhängigen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen und diese verkaufen müssen, um irgendwie existieren zu können, solange ist kein wirklicher gesellschaftlicher Fortschritt zu erwarten.

Die soziale Bewegung braucht Forderungen, die eine Kampfeinheit zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, Jung und Alt, herstellt mit der Perspektive, die Lohnarbeit irgendwann mal abschaffen zu können. Sie braucht aber kein Grundeinkommen für Jeden, also auch für Kapitalisten oder für solche, die es werden wollen.

„Die VertreterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens sollten auf ihre Versuche verzichten, ihre spaltende und illusionäre Forderung als Grundlage von Bündnissen, Aufrufen und Demonstrationen durchzusetzen.“ (1)

Ein Bündnis zwischen Menschen, deren Existenz bedroht ist, muss das Gemeinsame betonen, nicht das Trennende.



IN WELCHER WELT LEBT UNSERE FAMILIENMINISTERIN?

Gastkommentar von Agathe Czulwick, Mitglied im Frauenverband Courage e.V. Witten

Im Herbst sind Bundestagswahlen. Kein Wunder, dass die Bundestagsparteien plötzlich ihr Herz für die Frauen entdecken. Die CDU will erstmals eine feste gesetzliche Frauenquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte ins Wahlprogramm schreiben, allerdings erst ab 2020. Für welche Frauen soll das wohl Vorteile bringen? Es ändert überhaupt nichts daran, dass Frauen im Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger Lohn bekommen als die Männer, dass immer noch Kindergartenplätze fehlen, dass die Frauen in einer Zerreißprobe zwischen Familie und Beruf stecken und dass sie besonders von Altersarmut betroffen sind.



KRISTINAS WELT

Aber diese Sorgen hat unsere Familienministerin Kristina Schröder nicht. In ihrem Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber!“ bekennt sie ganz offen, dass das „Festhalten am Bild der grundsätzlich benachteiligten Frau ihr gewaltig auf die Nerven“ geht. (S. 159)

Dabei weiß sie sehr wohl, dass viele Frauen weniger verdienen als Männer, aber das führt sie darauf zurück, „dass Frauen vielfach weniger prestigeträchtige und schlechter bezahlte Berufe wählen als Männer.“ Die Frauen sind also selber schuld, wenn sie sich so schlecht bezahlte Berufe wie Verkäuferinnen, Altenpflegerinnen oder Friseurinnen aussuchen?!

URSACHEN IGNORIERT

Die Frage ist doch: Warum sind typische Frauenberufe schlechter bezahlt? Die eigentliche Ursache liegt darin, dass

Frauen in der Regel am Arbeitsplatz weniger verfügbar sind, dass sie öfter ausfallen, wenn Kinder krank sind usw., weil die ganze Verantwortung für die Erziehung der Kinder, die Versorgung von Alten und Kranken der privaten Familie und insbesondere den Frauen aufgedrückt wird.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei kein Problem, so Schröder. Um sich um ihre kleine Tochter kümmern zu können, arbeitet sie mehr zu Hause, macht abends und am Wochenende möglichst keine Termine und ist nicht bereit, ständig verfügbar zu sein.

Doch nicht einmal bei ihr selbst funktioniert diese schöne Theorie, wie man hört. Erst recht nicht bei Verkäuferinnen oder Krankenschwestern im Schichtdienst.

Das merkt sogar Frau Schröder: „Natürlich kann nicht jeder und jede von zu Hause aus arbeiten oder die eigene Arbeitszeit nach Lust und Laune jeden Tag

neu bestimmen. Krankenpfleger, Verkäuferinnen, Köche und Fluglotsinnen sind zweckmäßigerweise zu vereinbarten Zeiten an einem festgelegten Ort.“

DER TRAUM VOM SOZIALEN ARBEITGEBER

Frau Schröder hat dennoch eine Lösung: „Doch auch in solchen Branchen können Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fragen, was ihnen helfen würde, ihren Kindern gute Eltern zu sein, ohne sich dafür aus dem Berufsleben verabschieden zu müssen.“ (S. 194)

In welcher Welt lebt diese Frau? Hat sie sich schon mal mit einer Verkäuferin bei Aldi oder Lidl unterhalten? Welcher Arbeitgeber interessiert sich dafür, wie die Frauen ihre Verpflichtungen für die Familie geregelt kriegen? Vom wirklichen Leben hat unsere Familienministerin offensichtlich keine Ahnung.

AUF DIE EIGENE KRAFT VERTRAUEN

Die Frauen sind gut beraten, wenn sie sich von solchen wahlkampfgefeuerten Nebelkerzen wie der „Aufsichtsratsfrauenquote“ nicht den Blick trüben lassen. Auch hier gilt: Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.

Dafür steht der Frauenverband Courage. In Witten unter folgender Adresse:



Dorith Barth
courage-witten@arcor.de
 T: 02302-760169
www.courage-witten.de

WASSER IST LEBEN

Am 19.4. informierte die Gewässerökologin Frau Dr. Margot Franken, wie die Wasserver- und -entsorgung in naher Zukunft aussehen könnte. 35 Besucher waren der Einladung von AUF Witten in die Aula des Ruhrgymnasiums Witten gefolgt. Zahlreiche Bilder illustrierten, was heute schon weltweit auf den Weg gebracht wurde. Aber auch wie ernst die Lage ist. Nur 0,6 Prozent des Weltwassers sind als Trinkwasser nutzbar, der Verbrauch hat sich in den letzten Jahren vervielfacht und ist schneller gestiegen, als die Weltbevölkerung. An der Verbrauchsspitze stehen die Industriestaaten, insbesondere die USA. Die Kriege im 21. Jahrhundert könnten Kriege ums Wasser sein, so Dr. Franken.



Wasser immer teurer

Obwohl wir in Deutschland vergleichsweise viel Wasser zur Verfügung haben, werden durch das zentrale Ver- und Entsorgungssystem Ressourcen verschwendet, **die Erzeugung von Trinkwasser wird immer aufwändiger und dadurch teurer.**

Denn bei uns wird alles mit Trinkwasser gemacht: Klospülen, Waschen, Putzen. Außerdem werden Fäkalien und Urin gemeinsam mit dem Brauchwasser in die Kanalisation abgeführt.

Aus diesem Mix wieder Trinkwasser zu gewinnen, erfordert einen immer höheren Filteraufwand. Dennoch bleiben sog. Mikrokontaminanten (Medikamentenrückstände, hormonähnliche Substanzen, Weichmacher) zurück. Eine **Grundwasserverseuchung droht!**

Alternativen

Zu allererst müsste die Entsorgung der Fäkalien vom übrigen Wasserkreislauf getrennt werden. Im heutigen System wären dazu bis in die Häuser hinein zwei Kreisläufe mit entsprechender Verrohrung erforderlich – ein Riesenaufwand und nur im ländlichen Raum bei Neubaumaßnahmen im Ansatz finanzierbar.

In anderen Ländern und auch bei uns im Campingbetrieb gibt es aber bereits **Trockentoiletten**, die ohne Wasser auskommen, sogar in Hochhäusern betrieben werden können und geruchlos und ohne chemische Zusätze feinsten Kompost erzeugen.

Unsere Vorschriften und Gesetze sehen aber eine solche Änderung der Ver- und Entsorgung nicht vor und sind für

Mietwohnungen ohne Änderung der Rechtslage kaum durchführbar.

Beispiel München

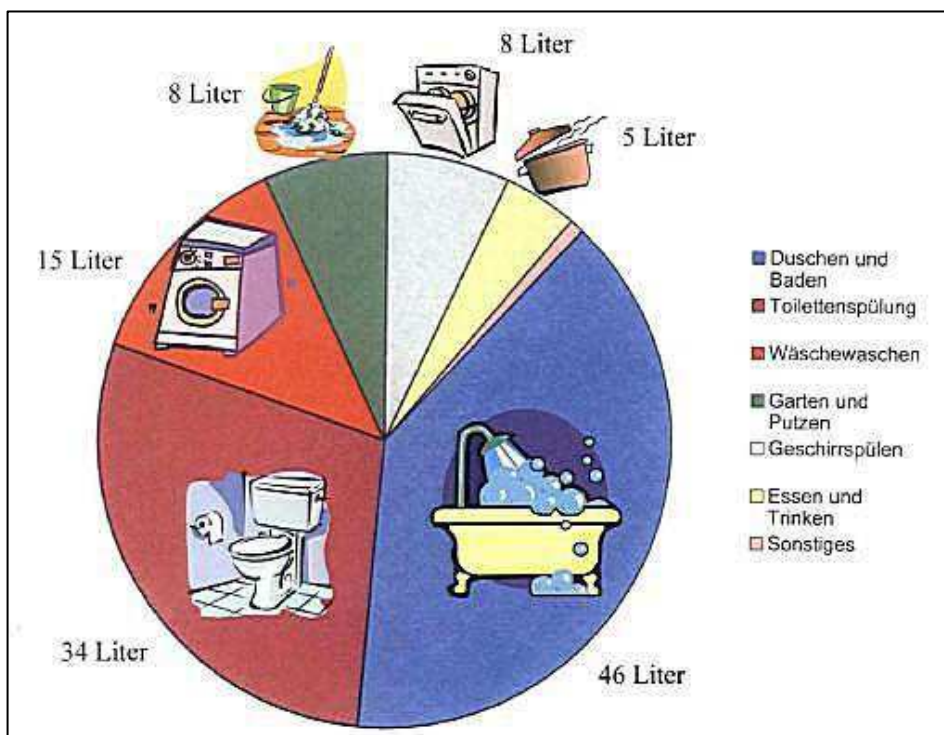
Im Umkreis von München wurden gezielt Biobauern gefördert, sodass das Grundwasser, aus dem Trinkwasser gewonnen wird, von alleine besser wurde. Um sogenanntes Grauwasser (ohne Fäkalien) durch Pflanzen in bestes Trinkwasser zu verwandeln, würde gerade mal 1 m² Fläche pro Einwohner benötigt. Genug Fläche wäre vorhanden. Das wäre schon mal ein Ansatz auch für die Wittener Kommunalpolitik.

Was kann man tun?

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass neben einzelnen Änderungen es vor allem darum geht, sich der Problematik überhaupt bewusst zu werden und sich auch politisch für eine Änderung der Denkweise einzusetzen. Mit derselben Denkweise, mit der die Probleme entstanden sind, kann man sie nicht lösen.

Die Umweltfragen, nicht nur beim Wasser, sind internationale Probleme geworden. Deshalb sollten wir, in Erweiterung des bisherigen Mottos, **global denken und lokal, regional und global handeln.**

Wer sich in diesem Sinne engagieren möchte, ist herzlich eingeladen zur:



Strategiekonferenz Umweltbewegung

am Pfingstmontag, 20. Mai ab 10 Uhr

im Kulturzentrum Rohrmeisterei

Ruhrstraße 20 in Schwerte

Nähere Infos im Internet unter:

<http://www.umweltgewerkschaft.org>

AUF EIN WORT ...

von Ruth Schlüter – Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Im Verlauf meiner mittlerweile annähernd zehnjährigen aktiven Beschäftigung mit der Wittener Kommunalpolitik stellt sich mir immer wieder die Frage, ob die Meinung der Bürger außerhalb des Wahlkampfes für den Rat und die Verwaltung unserer Stadt überhaupt noch wichtig ist.

Das lässt sich an verschiedenen Beispielen festmachen. Hierbei fällt mir zunächst der Umgang mit Bürgerbegehren und Unterschriftensammlungen der Bürger auf. Als Beispiele seien hier der Celestianbau, die Durchholzer Grundschule und die Stadtbücherei genannt. In allen Fällen wurde den eindeutig geäußerten Wünschen der Bürger nicht gefolgt.

Außerdem werden auch Anfragen von Bürgern oder von Bürgerwahlbündnissen nur fadenscheinig oder sogar überhaupt nicht beantwortet.

Beispiele hierfür sind die Anfragen von *AUF Witten* zu Vorgängen in der Umgebung der Firmen **HP Pelzer Chemie** oder **Degussa Sasol** oder Vorschläge *AUF Wittens* für den **Verlauf eines Radweges von Dortmund nach Witten**.

Neben diesen enttäuschenden Reaktionen von Rat und Verwaltung auf

Fragestellungen aus der näheren Vergangenheit fällt auch bei aktuell entstehenden Freiflächen ein deutlicher Unterschied zwischen den wirklichen Bedürfnissen der Wittener Bürger und den tatsächlichen Planungen von Rat und Verwaltung auf.

Hier stellt sich natürlich die Frage, ob wirklich jede neue Freifläche in unserer Stadt mit Büro- bzw. Geschäftsgebäuden oder auch Parkplätzen zugestraftet werden muss?

Als Beispiele seien hier das ehemalige **Blumengeschäft Geldmacher** an der Ardeystraße, das **Gerberviertel** in Herbede oder der **Kornmarkt** in der City genannt.

Wäre im Sinne einer wirklichen und funktionierenden Demokratie nicht ein deutlich anderer Umgang von Rat und Verwaltung der Stadt Witten mit Anregungen und Fragen ihrer Bürger wünschenswert oder sogar notwendig?



Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Sa./So 18./19. Mai:** 16. Internationales Pfingstjugendtreffen
Trabrennbahn Gelsenkirchen
Auftakt mit Zukunftsdemonstration in Essen, Willy-Brandt-Platz, 10.30 Uhr
- **Mo. 20. Mai:** Strategiekonferenz Umweltbewegung in Schwerte
Kulturzentrum Rohrmeisterei, Ruhrstraße 20, 10 – 17 Uhr
- **So. 2. Juni:** Öffentliche Mitgliederversammlung von *AUF Witten*
im Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen, 11 – 14 Uhr
- **So. 14. Juli:** Sommerfest von *AUF Witten* am Grillplatz Hammerteich, 14 Uhr

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de